

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 28. Dezember 2018

Geschäftszahl (GZ): BMDW-10.101/0260-IM/a/2018

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2175/J betreffend "Schleppende Umsetzung der ePrivacy Verordnung", welche die Abgeordneten Dr. Hannes Jarolim, Kolleginnen und Kollegen am 29. Oktober 2018 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 7 der Anfrage:

1. *Ist bis Ende Dezember nur ein Statusbericht im Vorhaben rund um die ePrivacy Verordnung geplant?*
 - a. *Wenn ja, weshalb? Bitte unter Angaben von Gründen!*
 - b. *Wenn nein, was ist stattdessen geplant?*
2. *Gibt es bereits eine gemeinsame Position der Mitgliedstaaten?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn nein, weshalb nicht?*
3. *Welche Vorhaben hat das BMDW geplant um den Vorgang rund um die Umsetzung der ePrivacy Verordnung zu beschleunigen?*
4. *Wird Artikel 10 ersatzlos gestrichen?*
 - a. *Wenn ja, weshalb? Bitte unter Angaben von Gründen!*
 - b. *Wenn nein, gibt es bereits einen Entwurf für den Ersatz von Artikel 10?*
5. *Mit welcher Begründung hat die Österreichische Bundesregierung einen Vorschlag in die Ratsverhandlungen eingebracht, welcher eine ersatzlose Streichung von Artikel 10 vorsieht?*
6. *Mit welchen Interessensvertretungen haben sich Mitarbeiter der österreichischen Ständigen Vertretung oder der betroffenen Ministerien, die an der ePrivacy Ver-*

ordnung und den dazugehörigen Verhandlungen auf Ratsebene beteiligt sind, getroffen?

- a. Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern des Springer Verlags und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreichischen Ratsvorsitzes?*
 - b. Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern der IABEurope und deren Mitgliedern (IABAustria) und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreich Ratsvorsitzes?*
 - c. Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern der Telekomindustrie (Deutsche Telekom, Telekom Austria, ETNO, EuroISPA) und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreichischen Ratsvorsitzes?*
 - d. Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern von Konsumentenschützern und Bürgerrechtsorganisationen und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreichischen Ratsvorsitzes?*
- 7. Welches Schutzniveau für Personen bezogene Daten hält die österreichische Bundesregierung für angemessen?*

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ist für die Behandlung dieses Dossiers auf europäischer Ebene nicht zuständig. Somit betrifft diese Anfrage keinen Gegenstand der Vollziehung meines Ressorts.

Dr. Margarete Schramböck

